

Bertha-Benz-Schule Sigmaringen

Fach: Deutsch

Lehrer: Herr Orlik

Klasse: JS1 IT

Schuljahr 2021/2022

Sigmaringen, den 10.11.2021

## **Erörterung zu Thema 7:**

### **Wirtschaftsnähe in der Politik: Sollten Politiker Nebeneinkünfte haben dürfen?**

Vorgelegt von:

Philipp-Louis Herrmann

Jan Merz

## **Inhaltsverzeichnis**

1	Einleitung.....	3
1.1	Was ist Lobbyismus?.....	3
2	Lobbyismus muss nicht immer negativ sein .....	4
3	Nebeneinkünfte machen unabhängiger vom Mandat .....	5
4	Politiker haben keine Zeit für Nebenjobs .....	6
4.1	Es entstehen Interessenkonflikte .....	8
5	Das Vertrauen in die Politik wird geschwächt. ....	9
6	Fazit.....	11
7	Quellenverzeichnis .....	13

## 1 Einleitung

Laut der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg<sup>1</sup> sind gut 12.400 Verbände, Unternehmen und Organisationen im EU-Transparenzregister gelistet. In diesem Register wird erfasst und festgehalten, wer welche Interessen verfolgt und wie er diese unterstützt (Geldspenden, etc.)<sup>2</sup>. Dieses Register existiert, damit die Bürgerinnen und Bürger, aber auch andere Verbände oder Lobbys, Zugang zu diesen Informationen haben<sup>3</sup>. An solchen Zahlen wird gut ersichtlich, wie stark die Wirtschaft versucht in die Politik einzugreifen. Die zahlreichen Maskenskandale, so wie die vielen weiteren Skandale (Der Aserbaidtschan Skandal von Eduard Lintner<sup>4</sup> und Co., Politiker, die im Vorstand von RWE tätig sind<sup>5</sup>, usw.), machen deutlich, dass es dabei immer wieder zu Fällen kommt, in denen Politiker ihre Ämter nutzen (oder diese sogar ausnutzen), um in Interessen von sich selbst oder Lobbyverbänden Entscheidungen zu treffen. Dennoch besteht die Meinung, es sei wichtig, dass die Wirtschaft die Möglichkeit hat, in die Politik einzugreifen. Deshalb stellt sich die Frage, ob Politiker Nebeneinkünfte und Nebentätigkeiten haben dürfen sollten, oder ob diese mehr schaden als nutzen. Diese Frage soll in der folgenden Arbeit erörtert werden.

### 1.1 Was ist Lobbyismus?

Zunächst soll der Begriff Lobbyismus definiert werden und es soll aufgezeigt werden, warum Lobbyismus wichtig ist.

Unter Lobbyismus versteht man die Versuche von Unternehmen, Verbänden und anderen Interessenvertretern, in die Politik einzugreifen. Dies kann über persönliche Verbindungen zu Politikern oder auch über die Öffentlichkeit passieren. Lobbyismus ist grundsätzlich legal und durch verschiedenste Gesetze geschützt<sup>6</sup>. Ein Argument für Lobbyismus ist, dass die einzelnen Lobbys Experten auf ihrem Gebiet sind und in der Gesetzgebung deshalb eine beratende Rolle einnehmen<sup>7</sup>. So waren z.B. "eine

---

<sup>1</sup> Vgl. LpB BW, Mai 2021, Siehe Q1

<sup>2</sup> Vgl. Europäischen Kommission, o. D., Siehe Q2

<sup>3</sup> Ebd.

<sup>4</sup> Vgl. Artikel der Tagesschau, 28.06.2021, Siehe Q3

<sup>5</sup> Vgl. Artikel des Kölner Stadt-Anzeigers, 13.12.2016, Siehe Q4

<sup>6</sup> Vgl. bpb, 13.03.2019, Siehe Q5

<sup>7</sup> Vgl. Europäischen Parlaments, 6.11.2007, Siehe Q6

Beschäftigte der Deutsche Börse AG sowie ein Beschäftigter des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands (HSH Nordbank AG)<sup>8</sup>. im Jahr 2006 an Gesetz- und Verordnungsentwürfen, unter anderem zum "Gesetz zur Umsetzung der neu gefassten Bankenrichtlinie und der neu gefassten Kapitaladäquanzrichtlinie"<sup>9</sup> beteiligt.

## 2 Lobbyismus muss nicht immer negativ sein

Die meisten Menschen stehen dem Lobbyismus in Deutschland und Europa eher negativ oder skeptisch gegenüber, wie es sich bereits in verschiedenen Umfragen<sup>10</sup> herausgestellt hat. Aber ist das gerechtfertigt? Wie bereits im letzten Kapitel erwähnt wird jede Form der Einflussnahme auf die Politik, die durch Unternehmen oder Verbände erfolgt, als Lobbying bezeichnet. Das heißt auch Organisationen wie Greenpeace oder der WWF betreiben Lobbyarbeit. Diese Beispiele zeigen, dass Lobbyismus nicht unbedingt negativ ist, da sie sich (wenn auch extrem) für eine „gute Sache“ einsetzen. Im Fall des WWFs der Tierschutz und in dem Fall von Greenpeace der Klimaschutz. Außerdem versuchen Lobbyisten nicht nur Vorteile für sich oder ihre Institutionen aus ihrer Einflussnahme zu ziehen. Mit der Durchsetzung des Mindestlohns, an dem der DGB beteiligt war<sup>11</sup>, taten sie der Allgemeinheit etwas Gutes. Sie sorgten mit diesem neuen Gesetz beispielsweise dafür, dass Leute, die vorher mehr als einen Job ausgeübt haben, um von dem Gehalt leben zu können, plötzlich genug Geld hatten, um nur von dem Gehalt eines Jobs leben zu können.

Grundsätzlich muss man bei Lobbying also auch unterscheiden, für was man sich einsetzt; setzt man sich für etwas ein, was beispielsweise der Umwelt nachweislich schadet (Kohlekraft...) und damit etwas, das wahrscheinlich nicht im Interesse der Bevölkerung ist, oder setzt man sich für etwas ein, was der Zukunft und dem Allgemeinwohl hilft (Mindestlohn, Aufhalten des Klimawandels, Aufhalten des Artensterbens, usw.). Oft kommt im Zusammenhang mit Lobbyismus Korruptionsverdacht auf, da Politiker häufig Nebeneinkünfte haben und der Verdacht aufkommen kann, diese würden nicht für eine tatsächliche Arbeit für ein

---

<sup>8</sup> Lobbycontrol, 20.05.2008, siehe Q7

<sup>9</sup> Ebd.

<sup>10</sup> Vgl. Abgeordnetenwatch, 24.04.2019, siehe Q8; ZEW, 23.08.2019, siehe Q9

<sup>11</sup> Vgl. DGB, o. D., Siehe Q10

Unternehmen, sondern für eine Art politische Interessenvertretung bezahlt werden. Diesem Verdacht steht zunächst gegenüber, dass Politiker ihre Nebeneinkünfte offenlegen müssen<sup>12</sup>. Das soll nicht nur Korruption verhindern, sondern auch für Transparenz sorgen. Aber verhindert das tatsächlich Korruption? Obwohl Politiker ihre Nebeneinkünfte offenlegen müssen, sind genug Fälle bekannt, in denen das nicht oder zu spät passiert ist (z.B. die Masken- oder die Aserbaidtschan-Affäre). Hierzu muss aber gesagt werden, dass dies Einzelfälle sind, die nicht regelmäßig vorkommen und bei weitem nicht die Mehrheit der Politiker, die Nebenjobs ausführen, darstellen. Nebenjobs sind nicht illegal oder Verboten – auch nicht für Abgeordnete. Sie unter Generalverdacht zu stellen wäre also genauso falsch wie davon auszugehen, dass Lobbyismus zwangsläufig etwas Negatives ist.

### 3 Nebeneinkünfte machen unabhängiger vom Mandat

Niemand möchte, dass Politiker von ihrem Gehalt, welches sie durch ihr Mandat bekommen (Abgeordnetenentschädigung/Diäten), abhängig sind, vor allem nicht sie selbst. Deshalb ist es wichtig, dass Politiker eine Arbeit haben, zu der sie am Ende ihres Mandats zurückkehren können, um nicht ohne Einkünfte dazustehen. Deshalb ist anzunehmen, dass Politiker versuchen sich ein finanzielles Polster aufzubauen oder Kontakte zu bewahren, sodass sie keine Angst um ihre Existenz oder berufliche Karriere haben müssen, wenn sie ihr Mandat verlieren. In vielen Berufen ist es dafür aber notwendig Kontakte zu erhalten oder den Beruf während des Mandats weiter auszuführen. Ein gutes Beispiel für letzteres sind Ärzte, insbesondere Chirurgen, die auch während ihres Mandats arbeiten und sich fortbilden müssen. Dieser konkrete Fall traf beispielsweise auf den CDU-Politiker Hans Georg Faust, zu der von 1998 bis 2009 im Bundestag war<sup>13</sup>. Laut eigener Aussage im Ärzteblatt hat er während seines Mandats weiterhin als Krankenhausarzt gearbeitet „um die fachliche Kompetenz zu erhalten“<sup>14</sup>. Ein aktuelles Beispiel für so einen Fall, das der Europaabgeordnete Timo Wölken in einem Twitch-Livestream genannt hat, ist ein Chirurg, der laut

---

<sup>12</sup> Vgl., Artikel der Tagesschau, 20.05.2021, Siehe Q11

<sup>13</sup> Vgl. Internetseite der CDU/CSU, o. D., Siehe Q12

<sup>14</sup> Ärzteblatt, 14.07.2003, Siehe Q13

Wölkens Angabe mit ihm im Europaparlament sitzt und als Nebentätigkeit weiterhin als Chirurg arbeitet.<sup>15</sup>

Die Kritik an den Nebeneinkünften richtet sich gewöhnlich vor allem gegen die hohen Beträge und die Frage, ob ein Interessenkonflikt besteht. Bei solchen Beispielen kann jedoch davon ausgegangen werden, dass das nicht der Fall ist. Beispielsweise werden Abgeordnete, die in der Berufsfeuerwehr oder als Ärzte arbeiten, wohl kaum ihr Mandat nutzen, um sich oder ihrem Arbeitgeber Vorteile zu verschaffen. Ihnen die Möglichkeit zu nehmen diese Tätigkeiten auszuüben, wäre aufgrund dieses Arguments also falsch. Wenn ein Politiker eine Position, z.B. in einem Kohleunternehmen oder der Automobilbranche annimmt, in dem evtl. nicht einmal klar ist, wofür er genau bezahlt wird, ist das schon deutlich wahrscheinlicher. Es gibt aber auch ein Problem, das bei allen Nebentätigkeiten bleibt: die Frage, ob ein zweiter Job neben dem Mandat zu schaffen ist. Über diese Frage soll im nächsten Abschnitt argumentiert werden.

#### 4 Politiker haben keine Zeit für Nebenjobs

Bundestagsabgeordnete haben einen strikten Zeitplan, um ihre Arbeit, die sie in der Partei oder im Bundestag übernommen haben, auszuüben. Deshalb haben sie eigentlich kaum Zeit für Nebentätigkeiten. Dies zeigt eine Tabelle der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) aus dem Jahr 2009<sup>16</sup>. Zudem sind mehrere Politiker<sup>17</sup> und Wissenschaftler<sup>18</sup> wie beispielsweise der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich der gleichen Meinung<sup>19</sup>. Diese Tabelle ist zwar nur ein exemplarischer Wochenkalender, laut ihm haben Politiker jedoch durchschnittliche Arbeitszeiten von mehr als 10 Stunden am Tag, unabhängig davon, ob sie sitzungs- oder sitzungsfreie Wochen haben. Ein weiterer Politiker, der dieser Meinung ist, ist Dr. Hans-Peter Bartels, der von 1998 bis 2015 für die SPD im deutschen Bundestag war. Er erklärte, dass Abgeordneter sein bereits eine Vollzeittätigkeit ist und er sich nicht vorstellen kann, wie noch Zeit für weitere Nebentätigkeiten bleiben soll<sup>20</sup>. Bartels ging sogar

---

<sup>15</sup> Vgl. YouTube Video von Tiemo Wölken, 07.09.2021, Siehe Q14

<sup>16</sup> Vgl. bpb, 15.12.2009, Siehe Q15

<sup>17</sup> Vgl. SPD-Helmholtzplatz, 06.02.2013, Siehe Q16

<sup>18</sup> Vgl. Otto Brenner Stiftung, 01.06.2021, Siehe Q17

<sup>19</sup> Vgl. Abgeordnetenwatch, 25.02.2014, Siehe Q18

<sup>20</sup> Vgl. Welt, 02.03.2010, Siehe Q19

noch einen Schritt weiter: "Die Vollzeitberufstätigkeit neben dem Mandat im Bundestag sollte ausgeschlossen werden. Was tatsächlich unvereinbar ist, kann man auch rechtlich ausschließen."<sup>21</sup> Wie also schaffen es Politiker, mit Nebenberufen und ihren teilweise 50-Stunden-Wochen im Amt als Politiker, dies alles zu bewältigen? Es erschließt sich auch nicht ganz, wieso Politiker Nebenjobs ausführen, wenn sie mehr als zehntausend Euro im Monat als Bundestagsabgeordnete bekommen<sup>22</sup>, um nicht irgendwelche Vorteile für sich selber oder für die Partei herauszuziehen. Zu dem Argument, dass sie Angst um ihre Existenz haben, wenn sie ihr Mandat verlieren, kann man sich die Frage stellen, ob man mit mehr als zehntausend Euro im Monat keine Rücklagen bilden kann, mit denen man die Zeit bis zu einer Neuanstellung überbrücken kann. In diesem Fall könnte man annehmen, dass Politiker den Bezug zu einem normalen Leben und zu Geld verloren haben, da das Durchschnittsgehalt in Deutschland nur bei rund viertausend Euro (Brutto) im Monat liegt<sup>23</sup>.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Frank Steffel sagte dazu im Jahr 2010 gegenüber der Welt: „Ich lebe nicht von der Politik, sondern für die Politik. Ich habe auf meine Unabhängigkeit immer großen Wert gelegt und werde dies auch zukünftig tun.“<sup>24</sup> Er sieht seine Nebentätigkeiten also als Form der Unabhängigkeit von seinem Mandat. Dass er nach Informationen der Rheinischen Post im Jahr 2012 „fast zwei Dutzend Beteiligungen an Kapital- oder Personengesellschaften, dazu noch seine eigene Firma mit monatlich über 7000 Euro“<sup>25</sup> hatte, lässt dennoch die Frage offen, wie er all diesen Tätigkeiten nachgehen kann, ohne sein Mandat zu vernachlässigen, da, in Anbetracht der Stunden, die ein Abgeordneter leisten sollte, egal ob in den Sitzungswochen im Bundestag oder wenn er in seinem Wahlkreis aktiv ist, eigentlich keine Zeit für mehr als kleinere Nebentätigkeiten ohne konkreten Zeitplan oder Ähnliches bleibt.

Bei Tätigkeiten, die nicht mehr als ein paar Arbeitsstunden die Woche benötigen, lässt sich wohl noch darüber argumentieren, aber bei Vollzeittätigkeiten müssten Politiker, wie gerade aufgezeigt, ihr Mandat vernachlässigen, um sie neben dem Mandat auszuüben. Unter den Politikern, die mehreren zeitaufwendigen

---

<sup>21</sup> Ebd.

<sup>22</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Juli 2021, Siehe Q20

<sup>23</sup> Vgl. Statista, 05.10.2021, Siehe Q21

<sup>24</sup> Welt, 02.03.2010, Siehe Q22

<sup>25</sup> Rheinische Post, 09.11.2012, Siehe Q23

Nebentätigkeiten nachgehen, befinden sich unter anderem auch hochrangige Politiker, die ihr Mandat offenbar nicht vernachlässigt haben, da sie ihre politische Stellung sonst nie erreicht hätten. Zu nennen wäre hier beispielsweise der frühere Innenminister Thomas de Maizière, der unter anderem als Vorstandsvorsitzender der Deutsche Telekom Stiftung und als Rechtsanwalt tätig ist<sup>26</sup>.

Aber wenn Politiker eigentlich kaum Zeit haben, um Nebentätigkeiten auszuüben ohne ihre Aufgabe als Mandatsträger zu vernachlässigen, wofür werden sie dann von Unternehmen bezahlt? Über diese Frage soll im nächsten Abschnitt argumentiert werden.

#### 4.1 Es entstehen Interessenkonflikte

Wie vorher belegt haben Politiker kaum Zeit, um Nebenjobs auszuüben, was macht sie also so wertvoll für Unternehmen? Und könnte für Politiker ein Interessenkonflikt entstehen, wenn sie neben ihrem Mandat für ein Unternehmen arbeiten? Diese Frage soll im folgenden Kapitel beantwortet werden.

Eine Behauptung, die man in diesem Zusammenhang immer wieder hört, ist die, dass sich Politiker kaufen lassen, weil es kaum andere Begründungen dafür gibt, wieso Unternehmen ihnen Geld zahlen sollten, wenn sie nicht die Zeit dazu hätten, für sie zu arbeiten. Natürlich arbeitet nicht jeder Politiker das gleiche Pensum wie im vorherigen Kapitel (und in der Tabelle der bpb<sup>27</sup>) dargelegt. Dennoch ist anzunehmen, dass jeder Abgeordnete, der seinen Beruf ernst nimmt zu, viel für mehrere Nebentätigkeiten arbeitet. Deshalb kommt die Vermutung auf, dass sie ihr Mandat vernachlässigen müssten, wenn sie gerechtfertigt mehr oder sehr viel mehr Geld im Jahr für einen Nebenjob bekommen, als der "normale" Deutsche in seinem Vollzeitberuf verdient.

Ein gutes Beispiel für einen Politiker, bei dem diese Vermutung aufkommen könnte, ist Gregor Golland. Er ist Landtagsabgeordneter in NRW und hat im Jahr 2019 ein Einkommen der Stufe 10 (zwischen 120.000 und 150.000 Euro) von RWE

---

<sup>26</sup> Vgl. Abgeordnetenwatch, 24.06.2021, Siehe Q24

<sup>27</sup> Vgl. bpb, 15.12.2009, Siehe Q15



bekommen<sup>28</sup>. Es wird in keinem Artikel oder Ähnlichem erklärt, wofür genau er das Geld bekommt. Laut der Internetseite des Nordrhein-Westfälischen Landtags ist er als kaufmännischer Angestellter in Teilzeit angestellt, was wohl kaum sein Gehalt erklären dürfte. Auf eine Anfrage vom Kölner Stadtanzeiger teilte RWE nur mit, dass sie keine Auskunft über Verträge von Mitarbeitern geben<sup>29</sup>. Zusätzlich arbeitet er noch bei der Kreissparkasse in Köln, wo er im gleichen Jahr rund 20.000 Euro bekommen hat<sup>30</sup>.

Es ist dennoch sehr auffällig, dass sich Herr Golland im Jahr 2016 dafür einsetzte die Tagebau-Anlagen Hambach und Garzweiler noch bis 2040 und 2045 weiterlaufen zu lassen, obwohl zu diesem Zeitpunkt schon ersichtlich war, dass die Stilllegung früher stattfinden muss. Wenn seine Aufgabe darin besteht, die politischen Interessen des RWE zu vertreten, würde das auch sein Gehalt von RWE erklären. Dies ist aber nur Spekulation, die unter anderem der frühere Landtagsabgeordnete und Parteifreund Lothar Theodor teilt<sup>31</sup>. Wie bekommt er diese Jobs hin, ohne sein Mandat zu vernachlässigen? Golland selbst sagt dazu: „Ich arbeite einfach mehr als der Normalverdiener“<sup>32</sup>. Da, wie oben erwähnt, aber nicht einmal bekannt ist, worin seine Tätigkeit für RWE besteht, lässt sich diese Aussage nicht überprüfen. Also gibt es keine öffentlichen Antworten oder Erklärungen von den beiden Seiten.

Ein Politiker arbeitet also für RWE, erhält zwischen 120.000 und 150.000 Euro und es ist nicht öffentlich, worin seine Tätigkeit genau besteht. Das hier ein Interessenkonflikt vermutet wird, ist nicht verwunderlich. Dass solche Fälle das Vertrauen in die Politik schädigen, ist offensichtlich. Aber auf dieses Problem soll im nächsten Abschnitt eingegangen werden.

## 5 Das Vertrauen in die Politik wird geschwächt.

Vertrauen in die Politik ist in einer Demokratie essentiell. Fehlendes Vertrauen stärkt extremistische Parteien und Ansichten. Im folgenden Kapitel sollen konkrete Beispiele für solche Fälle gezeigt werden. Es soll aufgezeigt werden wie die Politik

---

<sup>28</sup> Vgl. Landtag NRW, o. D., Siehe Q25

<sup>29</sup> Vgl. Kölner Stadt-Anzeiger, 13.12.2016, Siehe Q4

<sup>30</sup> Vgl. Landtag NRW, o. D., Siehe Q25

<sup>31</sup> Vgl. Abgeordnetenwacht, 15.02.2017, Siehe Q26

<sup>32</sup> Kölner Stadt-Anzeiger, 13.12.2016, Siehe Q4

mit ihrer Intransparenz, die Nebeneinkünfte betreffend, dieses Vertrauen immer weiter schwächt.

Aktuelle Beispiele für einen Zusammenhang zwischen Vertrauensverlust und extremen politischen Ansichten gibt es vor allem in Bezug auf die Corona-Pandemie. Hier sind vor allem die Querdenker zu nennen. Das zeigte eine aktuelle Studie der Universität Basel. Laut ihr vertrauen mehr als 80% der teilnehmenden Querdenker der Regierung überhaupt nicht oder eher nicht<sup>33</sup>. Vor allem AfD-Anhänger haben laut einer repräsentativen Studie “[...] ein unterdurchschnittliches Grundvertrauen in das Gesundheitssystem [...]”<sup>34</sup>. Noch geringer ist, laut dieser Studie, das Vertrauen der AfD-Anhänger in die Richtigkeit der Informationen, die die Bundesregierung über den Ausbruch der Corona Pandemie veröffentlicht hat<sup>35</sup>. Diese Beispiele zeigen einen klaren Zusammenhang zwischen fehlendem Vertrauen in die Regierung und extremen politischen Ansichten. Dass Dinge wie die Maskenaffäre und die vielen weiteren Affären der letzten Jahre das Vertrauen schwächen, ist nicht verwunderlich. Aber auch legale Nebeneinkünfte können aufgrund der intransparenten Gesetze Misstrauen erwecken. Wenn ein Politiker mehrere Nebenbeschäftigungen hat, evtl. mehr Einnahmen über diese als über seinen Hauptberuf als Mandatsträger bezieht und nicht angeben muss was er bei seinen Nebentätigkeiten genau tut, dann ist es nicht verwunderlich, wenn Bürger das Vertrauen in diese Abgeordneten verlieren und nicht das Gefühl haben, dass ihre Interessen vertreten werden. Das sieht auch der im vorherigen Abschnitt genannte Politiker Lothar Theodor in Bezug auf Gregor Golland so. Er sagte in Bezug auf seine Nebentätigkeit bei RWE über ihn: “Herr Golland trägt dazu bei, dass die Politikverdrossenheit immer größer wird und die Glaubwürdigkeit der Politik immer mehr abnimmt.”<sup>36</sup>

Die aktuellen Gesetze zu den Nebeneinkünften von Abgeordneten sorgen, wie gerade belegt, also für einen Vertrauensverlust in der Bevölkerung, der im schlimmsten Fall die Demokratie schwächen und Parteien mit extremen politischen Ansichten stärken kann.

---

<sup>33</sup> Vgl. SocArXiv, 22.12.2020, Siehe Q27

<sup>34</sup> Progressives Zentrum, 15.09.2020, Siehe Q28

<sup>35</sup> Ebd. S.8f

<sup>36</sup> Abgeordnetenwatch, 15.02.2017, Siehe Q26

## 6 Fazit

In dieser Erörterung wurden Punkte aufgezeigt, die deutlich machen, dass Lobbyismus in einem demokratischen System sinnvoll ist und durchaus positiv sein kann. Es wurde gezeigt, dass Lobbyismus nicht zwangsläufig mit Korruption oder Bestechung zu tun haben muss und dass es gute Gründe gibt, warum Abgeordnete Nebeneinkünfte haben dürfen. Gleichzeitig wurden Probleme wie die fehlende Zeit, Interessenkonflikte und ein entstehender Vertrauensverlust aufgezeigt, wenn Abgeordnete Nebeneinkünfte haben. Dabei wurde für uns deutlich, dass die Argumente, die für strengere Regeln, sprechen deutlich überwiegen. Trotz der Bemühung, beide Seiten zu beleuchten, wurde ersichtlich, dass Punkte, die dafür sprechen, dass Abgeordnete Nebentätigkeiten ausführen dürfen sollten, vor allem die Abgeordneten betreffen, während für die Bevölkerung die Punkte, die gegen Nebentätigkeiten sprechen, eine größere Bedeutung haben.

Die oben aufgeführten Argumente zeigen aber auch, dass das Problem, das die meisten Menschen mit Nebentätigkeiten haben, nicht zwangsläufig darin besteht, dass Abgeordnete Nebeneinkünfte haben. Vielmehr ist es die fehlende Transparenz und die hohen Summen, die zu einem Vertrauensverlust in der Bevölkerung führen und die Frage nach Interessenkonflikten aufwerfen. Durch diese Einsicht sind wir der Meinung, dass die Interessen von Abgeordneten und der Bevölkerung vereint werden können. Somit würden wir die Anfangs gestellte Frage, ob Politiker Nebeneinkünfte haben dürfen sollten mit ja beantworten, allerdings unter deutlich strengeren Auflagen als es momentan der Fall ist. Es müssen Gesetze kommen, die bis in kleinste Details regeln, wie viel etc. Politiker mit ihren Nebenjobs verdienen dürfen. Es wäre bei diesem Gesetz auch wichtig, dass verdeutlicht wird, mit was Politiker in ihren Nebenjobs Geld verdienen; das heißt, es soll nicht nur angegeben werden müssen, in welchem Unternehmen sie tätig sind und was für ein Gehalt sie bekommen, sondern sie sollten auch genauestens angeben müssen, was ihre Tätigkeit in dem Unternehmen ist. So wird Korruptionsverdacht von Anfang an ausgeschlossen. Des Weiteren kann so verhindert werden, dass Politikern misstraut wird, weil sie in einem Unternehmen arbeiten, da ein Interessenkonflikt oder Korruption bereits dadurch ausgeschlossen wurde, dass die maximal erlaubten Einnahmen deutlich niedriger liegen als die Diäten der Abgeordneten und genau gesagt wird, wofür sie ihr Geld bekommen. Gleichzeitig würde ein solches Gesetz

zulassen, dass Abgeordnete, wie in Kapitel 3 beschrieben, Kontakte in ihre frühere Arbeit wahren und nebenberuflich in ihr arbeiten können. Solch ein Gesetz würde illegale Aktivitäten wie die Maskenaffäre natürlich nicht verhindern. Aber die vermeintliche Grauzone, die im Moment zwischen erlaubten Lobbyismus / Nebeneinkünften und Korruption besteht, würde sich durch dieses strengere Gesetz schließen. Außerdem könnte man die Strafen zusätzlich deutlich höher ansetzen. Das heißt: alleine bei dringendem Verdacht auf Korruption, Mandatsentzug, sehr hohe Geldstrafen oder bis hin zu Freiheitsstrafen. Wir denken allein dies würde die Grauzone schon deutlich schließen, da die meisten Politiker unter keinen Umständen ihr Mandat gefährden würden. Dass dabei, wie in Abschnitt 2 beschrieben, die Mandatsträger unter eine Art Generalverdacht gestellt werden, würden wir zum Schutz der Demokratie und zur Verhinderung von Straftaten, in Kauf nehmen.

## 7 Quellenverzeichnis

Q1: Internetredaktion der LpB BW: „Lobbyismus Die ‚stille Macht‘?“, vom Mai 2021 (<https://www.lpb-bw.de/lobbyismus> Abruf am: 22.09.2021)

Q2: „Transparenz-Register“, ohne Datum ([https://ec.europa.eu/info/about-european-commission/service-standards-and-principles/transparency/transparency-register\\_de](https://ec.europa.eu/info/about-european-commission/service-standards-and-principles/transparency/transparency-register_de) Abruf am: 25.09.21)

Q3: Joachim Auch, Eric Beres, Kai Laufen und Nick Schader: „Aserbaidtschan-Verbindungen Lintner sieht keine Schuld“, 28.06.2021 (<https://www.tagesschau.de/investigativ/swr/aserbaidtschan-korruption-lobbying-101.html> Abruf am: 25.09.2021)

Q4: Manfred Funken: „CDU-Politiker Gregor Golland Bis zu 120.000 Euro im Jahr für Halbtagsjob bei RWE“, 13.12.2016 (<https://www.ksta.de/region/rhein-erft/cdu-politiker-gregor-golland-bis-zu-120-000-euro-im-jahr-fuer-halbtagsjob-bei-rwe-25267646?cb=1633007063774> Abruf am: 30.09.2021)

Q5: Dieter Plehwe: „Einleitung: Lobbyismus und Demokratie“, 13.03.2019 (<https://www.bpb.de/politik/wirtschaft/lobbyismus/288510/einleitung-lobbyismus-und-demokratie> Abruf am: 26.09.2021)

Q6: „Interview: ‚Lobbying ist etwas Positives, aber es muss transparenter werden‘“, 6.11.2007 (<https://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=IM-PRESS&reference=20071105STO12638&format=XML&language=DE> Abruf am: 22.09.2021)

Q7: Peter Altmaier: Antwort zur mündlichen Frage Nr.29, 20.05.2008 (<https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/antwort-beck-liste-gesetze.pdf> Abruf am: 29.09.2021)

Q8: Redaktion von Abgeordnetenwatch: „Aktuelle Umfrage: Große Mehrheit will Offenlegung von Lobbytreffen“, 24.04.2019 (<https://www.abgeordnetenwatch.de/blog/lobbyismus/aktuelle-umfrage-grosse-mehrheit-will-offenlegung-von-lobbytreffen> Abruf am: 24.09.2021)

Q9: „Mehrheit der deutschen Bevölkerung sieht Lobbyismus in Europa kritisch“, 23.08.2019 (<https://www.zew.de/PM6714> Abruf am: 24.09.2021)

Q10: „Einsatz für einen gesetzlichen Mindestlohn durch Politik und Gewerkschaften“, ohne Datum ([www.dgbrechtsschutz.de/ratgeber/schwerpunktthema/uebersicht/beitrag/lohn/ansicht/mindestlohn-jetzt-durchsetzen](http://www.dgbrechtsschutz.de/ratgeber/schwerpunktthema/uebersicht/beitrag/lohn/ansicht/mindestlohn-jetzt-durchsetzen) Abruf am: 29.09.2021)

Q11: Angela Ulrich: „Wann muss was offengelegt werden?“, 20.05.2021 (<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/nebeneinkuenfte-baerbock-101.html> Abruf am: 30.09.2021)

Q12: „Dr. Hans Georg Faust“, o. D. (<https://www.cducusu.de/abgeordnete/hans-georg-faust> Abruf am: 25.09.2021)

- Q13: Timo Blöß: „Ärzte im Bundestag: ‚Politik ist eine Suchtkrankheit‘“, 14.07.2003 (<https://www.aerzteblatt.de/archiv/37697/Aerzte-im-Bundestag-Politik-ist-eine-Suchtkrankheit> Abruf am: 22.09.2021)
- Q14: Tiemo Wölken: „REACT | Politiker reagiert auf Rezo Zerstörung Teil 2: Klima-Katastrophe“ (Minute 38:10), 07.09.2021 (<https://youtu.be/4LaJ5P1G1w4?t=2290> Abruf am: 24.09.2021)
- Q15: „Arbeitswoche eines Bundestagsabgeordneten“, 15.12.2009 (<https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-demokratie/39346/arbeitswoche-eines-mdb> Abruf am: 25.09.2021)
- Q16: Laurent Joachim, Daniel B. Roth: „Ein Mandat, eine Aufgabe, eine Verantwortung“, S.3 Abschnitt 8, 06.02.2013 ([https://www.spd-helmholtzplatz.de/dl/\\_Antrag\\_-\\_Fuer\\_eine\\_Begrenzung\\_der\\_Nebenbezeuge\\_von\\_Abgeordneten\\_v03.pdf](https://www.spd-helmholtzplatz.de/dl/_Antrag_-_Fuer_eine_Begrenzung_der_Nebenbezeuge_von_Abgeordneten_v03.pdf) Abruf am: 04.10.2021)
- Q17: Sven Osterberg: „Aufstocker im Bundestag IV“, S.31 Z.55ff, 01.06.2021 ([https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user\\_data/stiftung/02\\_Wissenschaftsporta1/03\\_Publikationen/AP48\\_Nebenverdienste\\_IV.pdf](https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsporta1/03_Publikationen/AP48_Nebenverdienste_IV.pdf) Abruf am: 04.10.2021)
- Q18: Rolf Mützenich, 25.02.2014 (<https://www.abgeordnetenwatch.de/profile/rolf-mutzenich/fragen-antworten/233479> Abruf am: 04.10.2021)
- Q19: Daniel Friedrich Sturm: „Der Bundestagsabgeordnete ohne Nebenjob“, 02.03.2010 (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article6625077/Der-Bundestagsabgeordnete-ohne-Nebenjob.html> Abruf am: 25.09.2021)
- Q20: „Aufwandsentschädigung für die Abgeordneten des Deutschen Bundestages“, Juli 2021 ([https://www.bundestag.de/abgeordnete/mdb\\_diaeten/](https://www.bundestag.de/abgeordnete/mdb_diaeten/) Abruf am: 25.09.2021)
- Q21: J. Rudnicka: „Statistiken zum Durchschnittseinkommen“, 05.10.2021 (<https://de.statista.com/themen/293/durchschnittseinkommen> Abruf am: 06.10.2021)
- Q22: Gilbert Schomaker: „Der Abgeordnete mit den meisten Nebentätigkeiten“, 02.03.2010 (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article6625162/Der-Abgeordnete-mit-den-meisten-Nebentaetigkeiten.html> Abruf am: 25.09.2021)
- Q23: Gregor Mayntz: „Die Top-Verdiener des Bundestages“, 09.11.2012 (rp-online.de/politik/die-top-verdiener-des-bundestages\_aid-13989047 Abruf am: 26.09.2021)
- Q24: Josephine Andreoli: „Das verdienen Ihre Abgeordneten im Bundestag nebenher“, Unter dem Abschnitt „Thomas de Maizière“ 24.06.2021 (<https://www.abgeordnetenwatch.de/blog/nebentaetigkeiten/das-verdienen-ihre-abgeordneten-im-bundestag-nebenher> Abruf am: 03.10.2021)
- Q25: „Detailansicht des Abgeordneten Gregor Golland“, unter dem Abschnitt „Veröffentlichungspflichtige Angaben“, ohne Datum (<https://www.landtag.nrw.de/home/der-landtag/abgeordnete-und--fraktionen/die-abgeordneten/abgeordnetensuche/abgeordnetendetail.html?k=01557> Abruf am: 02.10.2021)

Q26: Martin Reyher: „90.000 Euro von RWE: Wie abgeordnetenwatch.de-Recherchen einen Politiker in Erklärungsnot bringen“, unter dem Abschnitt „Herr Golland trägt zu Politikverdrossenheit bei“ 15.02.2017  
(<https://www.abgeordnetenwatch.de/blog/lobbyismus/90000-euro-von-rwe-wie-abgeordnetenwatchde-recherchen-einen-politiker-in> Abruf am: 30.09.2021)

Q27: Oliver Nachtwey, Robert Schäfer, Nadine Frei: „Politische Soziologie der Corona-Proteste“, S.42, 22.12.2020 (<https://osf.io/preprints/socarxiv/zyp3f/> Abruf am: 03.10.2021)

Q28: Marius R. Busemeyer: „Heilmittel oder Zankapfel? Vertrauen in das Gesundheitssystem während der Corona-Krise“, S.5, Z.2ff, 15.09.2021  
(<https://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2020/09/Vertrauen-in-das-Gesundheitssystem-waehrend-der-Corona-Krise.pdf> Abruf am: 03.10.2021)